



## Stellenzuweisungen von über 50 Prozent

fordern die Mitarbeiter für Integration. Ihre Arbeitsgruppe im Landesverband für Gesundheitsberufe schreibt: „Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wollen und müssen von dieser Arbeit leben und die berufliche Zukunft über mehrere Jahre hinweg planen können.“ Es müssten daher vermehrt Vollzeitstellen geschaffen werden.

# „Wir verwalten den Mangel“

MITARBEITER FÜR INTEGRATION: Schuldirektor berichtet von Methoden, doch mit dem Stundenkontingent auszukommen – „Wir bekommen immer zu wenig“

BOZEN (ih). Die Stundenkontingente für die Mitarbeiter für Integration „sind immer zu wenig“, klagt Schuldirektor Martin Sitzmann, Vorsitzender der ASSA, „wir verwalten den Mangel“. Wie? „Indem wir alles zusammenkratzen, was wir haben“. Das führt u.a. zum gemeinsamen „Team-Unterricht“ für Schüler mit Beeinträchtigung – und als letztes Mittel zum „freiwilligen“ Verzicht auf Unterricht. Das wird auch im kommenden Schuljahr nicht besser, befürchtet Sitzmann.



Immer zu wenig: Integrationslehrer und Mitarbeiter für Integration.

Nach dem Schuljahr ist vor dem Schuljahr – und so ist man in Südtirols Schulen schon fleißig bei den Vorbereitungen für den kommenden Herbst. Dazu gehört auch, die Planung für die Stundenkontingente der Integrationslehrer und der Mitarbeiter für Integration anhand er gemeldeten Schüler mit Beeinträchtigung und deren Diagnosen.

Doch auch diesmal wurden den Schulen in den meisten Fällen die angeforderten Stunden nicht gewährt. Es wird also wohl wieder nicht reichen. Schuldirektor Sitzmann vom Schulsprengel Ulten kennt das schon, von der eigenen Schule und von den Berichten seiner Kollegen.

Und als Vorsitzender der ASSA (Verband der autonomen Schulen Südtirols) kennt er auch die

„beliebtesten Methoden“, um den Mangel zu verwalten. Gerne genutzt, so berichtet er freimütig, werde die Möglichkeit, zugewiesene Stunden für Integrationslehrer in Stunden für Mitarbeiter für Integration umzuwechseln. Das hat den Vorteil, dass man für eine Stunde einer Integrationslehrkraft in der Grundschule 1,7 und in Mittel- und Oberschulen 1,9 Stunden eines Integrationsmitarbeiters bekommt.

„Man bekommt dann also fast doppelt so viele Stunden zusammen, allerdings fehlen dafür eben Stunden bei den didaktisch ausgebildeten Integrationslehrern“, erklärt er. Auch wenn es bei den beiden Berufsbildern „einige

Überlappungen gibt“, so ist es doch nicht dasselbe. Man tauscht eine Lehrkraft gegen einen Sozialarbeiter, unterrichten kann aber eigentlich nur erstere. Fehle die Integrationslehrkraft, müsse man sich halt behelfen: „Die Fachlehrkraft macht dann beispielsweise die Anpassungen an die Unterrichtsunterlagen – und der Mitarbeiter für Integration geht sie mit dem Schüler durch. Das funktioniert schon einigermaßen“.

Und, so fügt er hinzu, was will man auch machen, „wenn man Schüler hat, die unbedingt eine 1:1 Betreuung durch einen Mitarbeiter für Integration benötigen und man diese nicht bekommt?“

Sitzmann nennt ein konkretes Beispiel: ein Kind mit Down-Syndrom, das gerne abhaut. Es dann alleine im Schulgebäude herumlaufen zu lassen, auf die Gefahr hin, dass es auch dieses einfach verlässt, gehe gar nicht. Und die Lehrkraft könne auch nicht jedes Mal den Unterricht verlassen, das gehe auf Kosten der anderen Schüler.

„In so einem Fall muss jede Stunde in der Schule mit einem Mitarbeiter für Integration abgedeckt sein“. Das gelte auch für einige andere Störungsbilder, die besonders betreuungsintensiv seien, Kinder mit ADHS oder einer Störung aus dem autistischen Spektrum. „Allein gelassen im



„Ich bekomme jedes Schuljahr weniger Stunden für Mitarbeiter für Integration, als ich ansuche. Also muss ich Stunden, die mir fehlen, auffangen – irgendwie.“

Martin Sitzmann, Direktor des Schulsprengels Ulten und Vorsitzender der ASSA

Klassenverband einen bestimmten Unterrichtsstoff durcharbeiten, ist durchaus vorgesehen. Doch in diesem Fall würden eben Schüler mit Beeinträchtigung zu einem Team zusammengefasst, um den Personalmangel auszugleichen. Auch eine ungleiche Verteilung der Kinder mit Beeinträchtigung auf die verschiedenen Schulzüge hilft.

Immer wieder müssten auch besondere Aktivitäten, für die es für das inkludierte Kind eine Betreuung bräuhete, die es aber aus Stundenmangel nicht gibt, für die ganze Klasse flachfallen. „Das geht aber auf die Toleranz der anderen Schüler, wir können von ihnen nicht jeden Preis für die Inklusion fordern“, findet Sitzmann.

Letztes Mittel verzweifelter Schuldirektoren sei die Reduzierung des Unterrichtes für den beeinträchtigten Schüler. Besonders häufig heißt es dann für das Kind, am Nachmittag zuhause bleiben. Aber nicht nur. Und das, ist Sitzmann überzeugt, „ist ein schlechter Beitrag zur Inklusion“.

Von der jüngsten Aussprache mit den Verantwortlichen im Ressort war er jedenfalls enttäuscht. Da wurde ihm nämlich erklärt, zu viel Betreuung führe zur Segregation. „Aber das stimmt nicht. Für Inklusion ist es wichtig, dass die Kinder viel gemeinsam in ihren Klassenräumen sind.“

© Alle Rechte vorbehalten



## Beschlussantrag: Bedarfsgerechte Zuweisung der Stundenkontingente

BOZEN. Die Klagen der Eltern beeinträchtigter Kinder sowie der Lehrer, Schulführungskräfte und Mitarbeiter für Integration über zu wenig und nicht bedarfsgerechte Zuweisung der Stundenkontingente (siehe weitere Artikel auf dieser Seite) nimmt der Freie Landtagsabgeordnete Andreas Leiter Reber zum Anlass, in einem Beschlussantrag die Bereitstellung „der notwendigen Finanzmittel für die Erhöhung des Stellenkontingents“ der Mitarbeiter für

Integration zu fordern. Ziel müsse sein, im kommenden Schuljahr die von den Schulführungskräften beantragte Stundenanzahl bedürfnisgerecht zuweisen zu können. Auch soll der aktuelle Stellenplan für Integrationslehrpersonen (eine Stelle auf 100 Schüler) überprüft und der Zuweisungsschlüssel dem realen Bedarf angepasst werden. Dieser Beschlussantrag wird von weiten Teilen der Opposition mitgetragen und mitunterzeichnet.

## Eltern beklagen Exklusion ihrer Kinder

SCHULE: AEB fordern vehement eine Aufstockung der Mitarbeiter für Integration – „Unzumutbare Situation“

BOZEN. Die Aktiven Eltern von Kindern mit Behinderung (AEB) fordern vehement eine Aufstockung der Mitarbeiter für Integration. Denn die „unzureichende Stundenzuweisung führt zu Exklusion“ und Diskriminierung, betonen sie in einer Aussendung. „Kinder mit Behinderung erhalten nicht genügend Begleitung und Förderung, um die größtmögliche Autonomie fürs Leben zu erreichen“. Diese Erfahrung machen die betroffenen

Eltern. Zudem stünden durch die nicht bedarfsgerechte Zuweisung der Stunden Familien, Schulführungskräfte und Lehrpersonen „ständig vor schwierigen Situationen“. Diese Botschaft hat der AEB dem verantwortlichen Landesrat Philipp Achammer und Vertretern aus seinem Ressort bei einem „Runden Tisch“ (siehe obenstehender Artikel) übermittelt. Beim Treffen war auch Gleichstellungsrätin Brigitte Hofer dabei. Ihr Urteil: „Aufgrund

der viel zu knappen Ressourcen findet eine Diskriminierung der Kinder mit Beeinträchtigung statt. Das Recht auf Bildung ist nicht gewährleistet.“ Ebenso finde eine Diskriminierung bei den Mitarbeitern für Integration durch die vielen Teilzeitverträge (in der deutschen Schule im vergangenen Schuljahr 425 Teilzeit-, auf 17 Vollzeitstellen, Anm. d. Red.) statt.

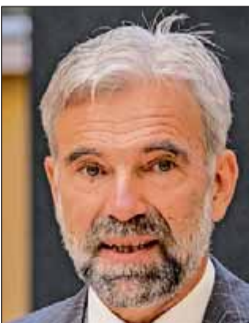
Laut Achammer wurden die Stellen seit 2019 von 260 auf 290

erhöht, weitere Erhöhungen seien vorgesehen. Zudem gebe es einen Vorschlag der Schulführungskräfte, die Stunden der Mitarbeiter für Integration nicht mehr den Kindern, sondern dem Schulsprengel zuzuweisen. „Doch im kommenden Schuljahr reichen somit die Stunden wieder nicht aus. Diese unzumutbare Situation geht weiterhin zu Lasten der Familien, vor allem der Frauen, und aller Beteiligten“, klagen die AEB.

© Alle Rechte vorbehalten

## Arnold Schuler zu Gast bei „Initiative Braunbär“ im Allgäu

BOZEN. In seiner Funktion als Landesrat für Land- und Forstwirtschaft hatte Arnold Schuler mit der Thematik von Wolf und Bär vermehrt zu tun. Mittlerweile Landtagspräsident, war er nun zu Gast bei einer Tagung der „Initiative Braunbär“ im Oberallgäu, referierte dort über den Ursprung des Projekts „Life Ursus“ im Trentino, die Präsenz von Bären in Südtirol und die damit gemachten Erfahrungen bzw. Problematiken. „Es ist unerlässlich, dass der Bestand reguliert und gefährliche Tiere entnommen werden können“, unterstreicht Schuler.



Arnold Schuler

DLife

Im Oberallgäu ist es bislang erst zu 2 nachgewiesenen Bärensichtungen gekommen. Unlängst kam es zu einer Sichtung in Lech in Vorarlberg, einem Gebiet, das an das Oberallgäu grenzt. „Wenn das Thema in der Region auch noch nicht akut ist, so möchte man dennoch vorbereitet sein“, sagt Schuler. In die-

sem Jahr, berichtete er im Allgäu, dürfen im Trentino erstmals bis zu 8 Bären entnommen werden. „Bisher undenkbar“, so Schuler, der darauf verwies, dass man sich beim Wiederansiedlungsprojekt 3 Mal geirrt habe: „Die Population vermehrt sich weit stärker als prognostiziert; eine Mischung der Populationen hat nicht stattgefunden. Und die Population breitet sich nicht wie beabsichtigt im gesamten Alpenbogen aus.“

## Geballte Gewerkschafts-Kritik

ÖFFENTLICHE BEDIENSTETE: „Echter Dialog wird immer schwieriger, von Verhandlungen weit entfernt“

BOZEN. Die Gewerkschaften in Südtirol sind sauer. Ihre Kritik: „Für die öffentlich Bediensteten gibt es nur Worte und keine Taten.“ Es zeige sich, dass die Forderungen der Gewerkschaft nicht berücksichtigt würden. „Unter diesen Bedingungen ist ein echter Dialog immer schwieriger, wir sind von einer Verhandlung weit entfernt“, heißt es in einer gemeinsamen Aussendung.

Die scharfe Kritik an der Verhandlungsagentur des Landes kommt geballt von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im CGIL/AGB, SGB/CISL, UIL/SGK, ASGB, NURSING UP und GS. Bei der Agentur liege die Schuld für das „Schlamassel“, in dem sich die Verhandlungen befänden, die rund 50.000 öffentlich Beschäftigte betreffen. Auch beim jüngsten Treffen am vergangenen Dienstag sei der Groß-

teil der Gewerkschafts-Vorschläge „zur Verbesserung des Entwurfes“ abgelehnt worden. Sie hatten u.a. die Bestimmungen über die Mutter- und Vaterschaft, einige wirtschaftliche Aspekte wie die Zweisprachigkeitszulage und die Häufung von Aufgabenzulagen sowie die Anerkennung einer vorangegangenen Berufserfahrung betroffen. Gerade Letzteres sei für die Attraktivität der Stellen im öffentlichen Dienst von enormer Bedeutung, die gerade unter den niedrigen Löhnen leide. Die Gewerkschaften beklagen auch, dass im Rahmen der Regelung zu den Elternzeiten gesamtstaatliche Bestimmungen, wie zum Beispiel die Fristen für die Vorankündigung, nicht angenommen würden. „Mehrere Verzögerungen und Verschiebungen von Verhandlungsterminen erlauben es nicht,



50.000 öffentlich Bedienstete warten auf den neuen Vertrag. LPA

die Verhandlungen zur Inflationsanpassung für den Zeitraum 2022-2024 aufzunehmen, die bereits im Juni letzten Jahres hätte abgeschlossen sein sollen und auf die unsere Leute warten“.

heißt es in der Aussendung weiter. Diese inakzeptable Situation lasse die Gewerkschaften an einer zeitnahen Unterzeichnung des Vertragsentwurfes zweifeln.

Im Zusammenhang mit der Inflationsanpassung kritisieren die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erneut das nicht ausreichende Ausmaß der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen für die Vertragsverhandlungen. Das mache die sowohl im Wahlkampf als auch in den Monaten darauf erfolgten Aussagen seitens der Landesregierung, die Gehälter der öffentlich Bediensteten erhöhen zu wollen, zu leeren Worten. Die Gewerkschaften wollen das Personal jetzt über die Lage informieren und es im Herbst mit flächendeckenden Gewerkschaftsversammlungen mobilisieren.

© Alle Rechte vorbehalten